

Staats- und Europarecht

Bearbeitet von
Prof. Walter Maier

5. Auflage 2013. Buch. 542 S. Hardcover

ISBN 978 3 8168 1015 5

Format (B x L): 15 x 21,4 cm

Gewicht: 788 g

[Recht > Öffentliches Recht > Staatsrecht, Verfassungsrecht > Staatsrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Grüne Reihe

Band 1

Staats- und Europarecht

Von
Professor Walter Maier
Rechtsanwalt
und Steuerberater

5. Auflage
2013

Herausgeber:
Deutsche Steuer-Gewerkschaft

efv Erich Fleischer Verlag, Achim

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8168-1015-5

© 2013 Erich Fleischer Verlag, Achim

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: H. M Hauschild GmbH, Bremen

Vorwort zur 5. Auflage

Das Buch wurde in allen Teilen überarbeitet und in der Entwicklung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur auf den neuesten Stand gebracht. Die Zahl der Beispiele, Schaubilder und Fälle aus Prüfungsarbeiten wurde erhöht. Dabei wurde darauf geachtet, aus der Fülle des Stoffes das Grundlegende, Exemplarische und in der Praxis häufig Wiederkehrende hervorzuheben. Verfassungsänderungen waren seit der Vorauflage in vielen Bereichen des Grundgesetzes zu verzeichnen. Besonders ins Gewicht fielen die umfangreichen Änderungen des Grundgesetzes aufgrund der Föderalismusreform I (2006) und der Föderalismusreform II (2009). Letztere brachte eine Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, eine Schuldenbegrenzungsregelung und Neuregelungen in den Art. 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d sowie Kompetenzverschiebungen im Steuerrecht (Art. 106, 106b, 107, 108).

Seine herausragende Stellung im Verfassungsgefüge stellte das Bundesverfassungsgericht erneut mit wichtigen Entscheidungen unter Beweis. Neuere Urteile zu den Grundrechten betrafen u. a. das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum (Hartz IV), den großen Lauschangriff, die Online-Durchsuchung und die Vorratsdatenspeicherung.

Ein weiterer Schwerpunkt der Neubearbeitung liegt im Europarecht, das für alle Teile des nationalen Rechts immer größere Bedeutung gewinnt. Der am 01.12.2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon brachte eine grundlegende Reform der Europäischen Union. Heute sind an die Stelle des Begriffs Gemeinschaftsrecht die Begriffe EU-Recht oder Unionsrecht getreten. Die Neuerungen im Europarecht haben weitreichende Auswirkungen auf das deutsche Staats- und Verfassungsrecht und führten zu Änderungen der Art. 23, 40, 45, 45d, 87d, 91e und 93 GG. Auch die Darstellung der europäischen Rechtsprechung wurde ergänzt.

Ein eigener Abschnitt wurde der Entwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik gewidmet. Der Abschnitt über die Wirtschafts- und Währungsunion enthält die Rechtsgrundlagen bei Gründung der Währungsunion und deren Weiterentwicklung nach dem Lissabonner Vertrag. Die Darstellung der Währungskrise und der europarechtlichen und nationalen Rechtsinstrumente zur Bekämpfung der Krise wurde neu hinzugefügt. Die nach dem Lissabon-Urteil ergangenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen „Rettungsschirm“ (ESFS, Euro-Plus-Pakt, ESM) wurden ergänzt.

Besonderes Gewicht wurde wiederum auf die Darstellung der Einflüsse des Verfassungsrechts auf das Steuerrecht gelegt. Der Verfassungsstaat ist seinem Wesen nach Steuerstaat. Sein Schicksal hängt davon ab, wie den Gewährleistungen des

Vorwort

Grundgesetzes im Steuerrecht Geltung verschafft wird. Die Maxime „Verfassungsrecht geht vor Steuerrecht“ ist unbestritten. Dennoch klaffen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit im Steuerrecht stärker als in anderen Rechtsgebieten auseinander. Steuern werden auf der Grundlage von mehr als 90 Gesetzen und mehr als 100 Rechtsverordnungen erhoben, zu denen jährlich mehr als 1.000 Verwaltungsanordnungen ergehen. Einheitliche Regeln sind in vielen Fällen nicht zu erkennen. Die Kompliziertheit des Steuerrechts ist vom Bürger ebenso wenig zu bewältigen wie vom Abgeordneten, der ihn repräsentiert. Dadurch wird im Ergebnis die demokratische Legitimation und Gerechtigkeit des Steuerrechts infrage gestellt. Wer die Regellosigkeit und Systemwidrigkeit des Steuerrechts beklagt, muss nach Regeln im höherrangigen Recht suchen. Dies ist auch eine Forderung der Praxis. Immerhin stammen etwa 40 % der beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Verfassungsbeschwerden aus dem Bereich des Abgabenrechts.

Ich wünsche dem Leser beim Studium viel Erfolg und freue mich weiterhin über Anmerkungen, Kritik und Anregungen, gerne auch per E-Mail unter maierwalter@hs-ludwigsburg.de.

Ludwigsburg, im Oktober 2012

Walter Maier

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Das Buch soll in die Allgemeine Staatslehre und in das Staats- und Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland einführen und einige politikwissenschaftliche Grundkenntnisse vermitteln. Der Schwerpunkt liegt beim Staats- und Verfassungsrecht und hier insbesondere bei den Grundrechten und bei den Staatszielbestimmungen. Die systematische Darstellung der Allgemeinen Staatslehre konnte knapp gehalten werden, weil einige Problembereiche an geeigneten Stellen in den konkreten Kontext des Verfassungsrechts der Bundesrepublik einbezogen sind. Dies entspricht einer verbreiteten Lehrpraxis, die mögliche Alternativen bei der Auseinandersetzung mit dem konkreten politischen System zu veranschaulichen sucht. Der Abschnitt Verfassungsgeschichte betont die historische Dimension des geltenden Staats- und Verfassungsrechts sowie die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik und des Grundgesetzes. Das Buch enthält keinen eigenständigen politikwissenschaftlichen Teil. Bei der Darstellung des Staats- und Verfassungsrechts wird aber Wert darauf gelegt, in exemplarischer Weise gesellschaftspolitische Kontroversen von verschiedenen Standpunkten her ideologiekritisch deutlich zu machen, so etwa beim Grundrechtsverständnis und beim Demokratie- und Sozialstaatsprinzip. Die Beschäftigung mit kontroversen Sichtweisen kann die pluralistische Offenheit, die Reichweite und die Grenzen der grundgesetzlichen Wertentscheidungen klarlegen und zugleich die politische Urteilsfähigkeit und Urteilsbereitschaft stärken.

Die finanz- und abgabenrechtlichen Verfassungsaspekte sind vertieft und fallbezogen dargestellt. Wirtschaftliche und steuerliche Bezüge des Verfassungsrechts werden in besonderen Abschnitten hervorgehoben, so etwa die aus den Grundrechten folgenden Grundsätze und Grenzen der Besteuerung, die im Sozialstaatsprinzip begründete Verpflichtung des Staates zur umfassenden Sozialgestaltung und die Besonderheiten der Finanzverfassung. Der Text geht auf die wesentlichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ein und ist insgesamt durch Fallbeispiele erläutert, die überwiegend aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung stammen. Das Buch enthält in den einzelnen Kapiteln auch Übungsfälle, die den Prüfungsarbeiten der letzten Jahre entnommen sind. Der Leser sollte diese Fälle zur Lernzielkontrolle zunächst selbstständig lösen, bevor er die am Ende des Buches abgedruckten Lösungsvorschläge aufschlägt.

Inhaltsübersicht

	Seite
1 Staatsrecht, Allgemeine Staatslehre, Politik	23
1.1 Einführung	23
1.2 Das Staatsrecht	26
1.2.1 Staatsrecht – ein Teilgebiet des öffentlichen Rechts	26
1.2.2 Staatsrecht – das oberste Recht	28
1.2.3 Staatsrecht und Verfassungsrecht	30
1.3 Allgemeine Staatslehre	30
1.3.1 Gegenstand der Allgemeinen Staatslehre	30
1.3.2 Aufgabe der Allgemeinen Staatslehre	31
1.4 Begriff des Staates	31
1.4.1 Normativer Staatsbegriff	31
1.4.1.1 Drei-Elemente-Lehre	32
1.4.1.1.1 Staatsgebiet	33
1.4.1.1.2 Staatsvolk	35
1.4.1.1.3 Staatsgewalt	39
1.4.1.2 Staat als Körperschaft (juristische Person)	42
1.4.1.2.1 Bund und Bundesländer	42
1.4.1.2.2 Andere juristische Personen des öffentlichen Rechts	42
1.4.1.2.3 Verwaltungsträger – Verwaltungsorgan – Organwalter	44
1.4.2 Soziologischer Staatsbegriff	45
1.4.3 Verhältnis von Staat und Gesellschaft	45
1.5 Staats- und Regierungsformen	47
1.5.1 Einteilung nach der Zahl der an der Entscheidung Beteiligten	47
1.5.2 Einteilung nach der Art der Amtserlangung des Staatsoberhauptes	48
1.5.3 Einteilung nach den Trägern der Staatsgewalt	48
1.5.3.1 Monokratische Staatsformen	48
1.5.3.2 Demokratische Staatsformen	49
1.5.3.2.1 Absolute Demokratie	49
1.5.3.2.2 Die Rätedemokratie	50
1.5.3.2.3 Repräsentation und Parlamentarismus	51
1.5.3.2.4 Regierungssysteme mit verteilter Staatsmacht	52
1.6 Einheitsstaat und Staatenverbindungen	53
1.6.1 Einheitsstaat	53
1.6.2 Bundesstaat und Staatenbund	54
1.6.3 Europäische Union als Staatenverbund	55
2 Verfassungslehre	56
2.1 Begriff der Verfassung	56
2.2 Formelles Verfassungsrecht	57
2.2.1 Entstehung der Verfassung	57

Inhaltsübersicht

2.2.2	Rechtssystematische Stellung der Verfassung	57
2.2.2.1	Arten der Rechtsquellen	58
2.2.2.2	Recht ohne Normcharakter	60
2.2.2.3	Stufenbau der Rechtsordnung	61
2.2.3	Änderung der Verfassung	62
2.2.3.1	Formelle Voraussetzungen der Verfassungsänderung	63
2.2.3.2	Grenzen der Verfassungsänderung	63
2.3	Funktionen und Inhalt der Verfassung	64
2.4	Verfassungsauslegung	65
2.4.1	Methoden der Rechtsauslegung	65
2.4.2	Besonderheiten der Verfassungsauslegung	66
2.5	Verfassungskonforme Auslegung	68
3	Verfassungsgeschichte und Grundgesetz	69
3.1	Der erste Versuch der Reichsgründung 1848/49	69
3.1.1	Geschichtliche Entwicklung der Paulskirchenverfassung	69
3.1.2	Grundzüge der Paulskirchenverfassung	70
3.2	Deutsches Kaiserreich von 1871	71
3.2.1	Geschichtliche Entwicklung des Deutschen Kaiserreiches	71
3.2.2	Grundzüge der Verfassung des Deutschen Kaiserreiches	71
3.2.3	Ende des Deutschen Kaiserreiches	73
3.3	Die Weimarer Republik	73
3.3.1	Entstehung der Weimarer Republik	73
3.3.2	Grundzüge der Weimarer Reichsverfassung	74
3.3.3	Ende der Weimarer Republik	76
3.4	Pervertierung des Rechtssystems im nationalsozialistischen Staat	76
3.4.1	Beseitigung der Grundrechte und Entrechtung von Minderheiten	76
3.4.2	Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und der Gewaltenteilung	77
3.4.3	Beseitigung des Föderalismus	77
3.4.4	Beseitigung der freien politischen Willensbildung	77
3.4.5	Schaffung der totalen Führerdiktatur	78
3.5	Entwicklung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg	78
3.5.1	Zoneneinteilung	78
3.5.2	Neuaufbau der deutschen Verwaltung	79
3.5.3	Zusammenschluss der Westzonen	79
3.6	Entstehung der Bundesrepublik und des GG	80
3.7	Politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Überblick	82
3.7.1	Westintegration	82
3.7.2	Ostpolitik	83
3.7.3	Rechtslage Deutschlands vor der Wiedervereinigung	84

3.7.3.1	Rechtslage der beiden deutschen Staaten	84
3.7.3.2	Rechtsstellung Berlins bis zur Wiedervereinigung.	86
3.8	Wiedervereinigung Deutschlands.	86
3.8.1	Geschichtlicher Weg zur Wiedervereinigung	86
3.8.2	Rechtlicher Weg zur Wiedervereinigung	88
3.8.3	Einigungsvertrag.	89
3.8.3.1	Beitritt zum Bundesgebiet	89
3.8.3.2	Änderungen des GG	89
3.9	Rechtslage Deutschlands nach der Wiedervereinigung	91
4	Die Grundrechte	92
4.1	Grundrechte – Allgemeine Lehren	92
4.1.1	Geschichtliche Entwicklung der Grundrechte	92
4.1.2	Bedeutung der Grundrechte	93
4.1.2.1	Übersicht	93
4.1.2.2	Aktuell geltendes Recht	93
4.1.2.3	Schutzrichtungen der Grundrechte	94
4.1.2.3.1	Grundrechte als Abwehrrechte	94
4.1.2.3.2	Grundrechte als Elemente objektiver Wertordnung	95
4.1.2.3.3	Grundrechte als institutionelle Gewährleistungen	95
4.1.2.3.4	Grundrechte als Mitwirkungsrechte	96
4.1.2.3.5	Grundrechte als Leistungs- und Teilhaberechte	97
4.1.2.3.6	Grundrechte als Organisationsmaximen und Verfahrensgarantien	99
4.1.3	Grundrechtsauslegung und Grundrechtsverständnis	99
4.1.3.1	Liberale (bürgerlich-rechtsstaatliche) Theorie	100
4.1.3.2	Institutionelle (wertsystemische) Theorie	100
4.1.3.3	Demokratisch-funktionale Theorie	101
4.1.3.4	Sozialstaatliche Theorie	101
4.1.3.5	Regeln zur Grundrechtsauslegung	102
4.1.4	Grundrechtsfähigkeit (Grundrechtsträgerschaft)	102
4.1.4.1	Menschenrechte – Bürgerrechte	103
4.1.4.2	Beginn und Ende der Grundrechtsfähigkeit natürlicher Personen	103
4.1.4.3	Grundrechtsmündigkeit natürlicher Personen	104
4.1.4.4	Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen (Art. 19 Abs. 3 GG)	105
4.1.4.4.1	Inländische juristische Personen des Privatrechts	105
4.1.4.4.2	Grundrechtsberechtigung juristischer Personen des öffentlichen Rechts	107
4.1.5	Geltungsbereich der Grundrechte (Grundrechtsverpflichtete)	108
4.1.5.1	Staat als Grundrechtsverpflichteter	108
4.1.5.2	Lehre von der Fiskalgeltung der Grundrechte	109
4.1.5.2.1	Erfüllung öffentlicher Aufgaben in der Form des Privatrechts (Verwaltungsprivatrecht)	109
4.1.5.2.2	Rein erwerbswirtschaftliche Betätigung der Verwaltung	109
4.1.5.2.3	Privatrechtliche Hilfsgeschäfte der Verwaltung	110
4.1.5.3	Horizontalwirkung (Drittirkung) der Grundrechte	110

Inhaltsübersicht

4.1.6	Verhältnis der Grundrechte zueinander	112
4.1.6.1	Mehrere Grundrechtseingriffe	112
4.1.6.2	Eingriff in mehrere Grundrechte	113
4.1.6.2.1	Spezialität, Subsidiarität	113
4.1.6.2.2	Grundrechtskonkurrenz	113
4.1.6.2.3	Bundes- und Landesgrundrechte	114
4.1.7	Schutzbereich und Schranken der Grundrechte	115
4.1.7.1	Schutz- oder Normbereich eines Grundrechts	115
4.1.7.2	Einschränkbarkeit eines Grundrechts	116
4.1.7.2.1	Verfassungsunmittelbare Schranken	117
4.1.7.2.2	Gesetzesvorbehalte	117
4.1.7.2.3	Verfassungsimmanente Schranken	118
4.1.7.3	Grenzen der Einschränkbarkeit der Grundrechte (Schranken-Schranken)	120
4.1.7.3.1	Formelle Grenzen freiheitseinschränkender Gesetze	120
4.1.7.3.2	Materielle Grenzen freiheitseinschränkender Gesetze	122
4.1.7.4	Grundrechtsbeschränkungen in Sonderstatusverhältnissen	123
4.1.8	Schutz der Grundrechte durch die Rechtsprechung	125
4.1.9	Grundrechte und internationales Recht	126
4.1.10	Grundrechte und Europäisches Gemeinschaftsrecht	127
4.2	Die einzelnen Grundrechte	129
4.2.1	Menschenwürde – allgemeines Persönlichkeitsrecht	129
4.2.1.1	Rechtlicher Gehalt der Menschenwürde	129
4.2.1.2	Inhalt und Schutzrichtungen der Menschenwürde	130
4.2.1.2.1	Recht auf eine sichere Existenz	131
4.2.1.2.2	Recht auf individuelle Freiheit	131
4.2.1.2.3	Recht auf Gleichheit	134
4.2.1.2.4	Recht auf Integrität gegenüber staatlicher Gewalt	134
4.2.1.3	Menschenwürde und Abgabenrecht	135
4.2.2	Freiheitsrechte	135
4.2.2.1	Freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)	135
4.2.2.1.1	Schutzbereich des Art. 2 Abs. 1 GG	135
4.2.2.1.2	Schranken	137
4.2.2.1.3	Handlungsfähigkeit und Steuerrecht	137
4.2.2.2	Grundrecht auf Leben (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG)	138
4.2.2.2.1	Schutzbereich	138
4.2.2.2.2	Schranken	138
4.2.2.3	Recht auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG)	139
4.2.2.3.1	Schutzbereich	139
4.2.2.3.2	Schranken	139
4.2.2.3.3	Recht auf Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG)	140
4.2.2.3.3.1	Schutzbereich	140
4.2.2.3.3.2	Schranken	140
4.2.2.4	Recht auf Freiheit des Glaubens und des Gewissens (Art. 4 Abs. 1 GG)	140

4.2.2.4.1	Glaubens- und Gewissensfreiheit	141
4.2.2.4.2	Negative Glaubens- und Gewissensfreiheit	141
4.2.2.4.3	Religiöse oder weltanschauliche Betätigung	142
4.2.2.4.4	Schranken	142
4.2.2.4.5	Recht auf Kriegsdienstverweigerung (Art. 4 Abs. 3 GG)	143
4.2.2.5	Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 GG)	144
4.2.2.5.1	Freiheit der Meinungsäußerung und Meinungsverbreitung	144
4.2.2.5.2	Informationsfreiheit	145
4.2.2.5.3	Pressefreiheit	145
4.2.2.5.4	Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film	146
4.2.2.5.5	Schranken des Art. 5 Abs. 2 GG	147
4.2.2.5.6	Zensurverbot (Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG)	148
4.2.2.5.7	Freiheit der Kunst (Art. 5 Abs. 3 GG)	148
4.2.2.5.8	Freiheit der Wissenschaft (Art. 5 Abs. 3 GG)	149
4.2.2.6	Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	150
4.2.2.6.1	Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	150
4.2.2.6.2	Schranken der Versammlungsfreiheit	151
4.2.2.7	Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG)	152
4.2.2.7.1	Schutzbereich	152
4.2.2.7.2	Schranken	152
4.2.2.8	Freizügigkeit (Art. 11 GG)	153
4.2.2.8.1	Schutzbereich der Freizügigkeit	153
4.2.2.8.2	Schranken der Freizügigkeit	153
4.2.2.9	Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)	154
4.2.2.9.1	Schutzbereich der Unverletzlichkeit der Wohnung	154
4.2.2.9.2	Schranken der Unverletzlichkeit der Wohnung	154
4.2.2.10	Staatsangehörigkeit und Asyl	155
4.2.2.10.1	Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung	155
4.2.2.10.2	Grundrecht auf Asyl	156
4.2.3	Schutz von Ehe, Familie und Schule	157
4.2.3.1	Ehe und Familie (Art. 6 GG)	157
4.2.3.1.1	Schutzbereich und Schranken von Ehe und Familie	157
4.2.3.1.2	Schutz von Ehe und Familie im Steuerrecht	158
4.2.3.2	Schulwesen (Art. 7 GG)	163
4.2.4	Grundrechte mit Bezug zu Wirtschaft, Einkommen und Vermögen	164
4.2.4.1	Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG)	164
4.2.4.1.1	Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	164
4.2.4.1.2	Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)	165
4.2.4.1.3	Schranken der Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 2 GG)	167
4.2.4.2	Berufsfreiheit (Art. 12 GG)	167
4.2.4.2.1	Schutzbereich der Berufsfreiheit	167
4.2.4.2.2	Schranken der Berufsfreiheit	169
4.2.4.2.3	Sonderregelungen (Art. 12 Abs. 2, Abs. 3, Art. 12 a GG)	172

Inhaltsübersicht

4.2.4.2.4	Berufsfreiheit und Abgabenrecht	172
4.2.4.3	Eigentumsschutz (Art. 14 GG)	174
4.2.4.3.1	Gegenstand und Umfang der Eigentumsgarantie	175
4.2.4.3.2	Sozialbindung des Eigentums (Art. 14 Abs. 2 GG)	177
4.2.4.3.3	Enteignung (Art. 14 Abs. 3 GG)	178
4.2.4.3.4	Sonstige Anspruchsgrundlagen für öffentlich-rechtliche Ersatzleistungen	180
4.2.4.3.5	Sozialisierung (Art. 15 GG)	182
4.2.4.3.6	Eigentumsgarantie und Abgabenrecht	182
4.2.5	Gleichheitsschutz (Art. 3 GG)	186
4.2.5.1	Funktion des Gleichheitssatzes	186
4.2.5.2	Schutzrichtungen des allgemeinen Gleichheitssatzes	187
4.2.5.3	Besondere Fallgruppen des Gleichheitssatzes	191
4.2.5.4	Geltungsbereich des Gleichheitssatzes (Adressatenkreis)	193
4.2.5.4.1	Gleichheitsbindung der Gesetzgebung	193
4.2.5.4.2	Gleichheitsbindung der Verwaltung	194
4.2.5.4.3	Gleichheitsbindung der Rechtsprechung	195
4.2.5.5	Bedeutung der Gleichheit im Steuerrecht	195
4.2.5.5.1	Steuergerechtigkeit	195
4.2.5.5.2	Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit	197
4.2.5.5.3	Systemgerechtigkeit im Steuerrecht	199
4.2.5.5.4	Typisierungen und Pauschalierungen im Steuerrecht	202
4.2.5.5.5	Gleichheit des Normvollzugs	205
5	Die Leitentscheidungen der Verfassung	207
5.1	Übersicht	207
5.1.1	Präambel	207
5.1.2	Strukturprinzipien des Art. 20 Abs. 1 GG	207
5.2	Demokratiegebot	208
5.2.1	Demokratietheorien	208
5.2.1.1	Identitätstheorie – Konsenstheorie	208
5.2.1.2	Pluralismus	209
5.2.1.3	Konkurrenzdemokratie	210
5.2.1.4	Theorien demokratischer Selbstentfaltung	211
5.2.2	Demokratie i. S. d. GG	213
5.2.2.1	Volkssouveränität	213
5.2.2.2	Repräsentative Willensbildung	213
5.2.2.3	Demokratie durch Abstimmungen	214
5.2.2.4	Öffentliche Meinung	216
5.2.3	Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz	217
5.2.4	Mehrparteiensystem	219
5.2.5	Weitere demokratische Elemente	219
5.2.6	Freiheitlich-demokratische Grundordnung (fdGO)	219
5.3	Rechtsstaatsgebot	222
5.3.1	Formeller und materieller Rechtsstaat	222

5.3.2	Rechtsstaatsbegriff des GG	223
5.3.3	Einzelemente des Rechtsstaatsprinzips	223
5.3.3.1	Grundrechte, Sozialstaat und Rechtsstaat	223
5.3.3.2	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Übermaßverbot)	224
5.3.3.3	Verfassungsstaatlichkeit	224
5.3.3.4	Gewaltenteilung	225
5.3.3.4.1	Entstehung und Bedeutung der Gewaltenteilung	225
5.3.3.4.2	Gewaltenhemmung, -verschränkung und -balancierung im Einzelnen	227
5.3.3.4.3	Schutz des Kernbereichs der Gewalten	228
5.3.3.4.4	Horizontale und vertikale Gewaltenteilung	229
5.3.3.4.5	Personelle Gewaltenteilung	229
5.3.3.4.6	Gewaltenbalancierung in der Verfassungswirklichkeit	230
5.3.3.5	Rechtsgebundenheit staatlichen Handelns	231
5.3.3.5.1	Grundsätze des Art. 20 Abs. 3 GG	231
5.3.3.5.2	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	232
5.3.3.5.2.1	Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	232
5.3.3.5.2.2	Gesetzesprüfungsrecht der Verwaltung	235
5.3.3.5.2.3	Verwaltung und Richterrecht	236
5.3.3.5.2.4	Gesetzmäßigkeit im Abgabenrecht	236
5.3.4	Rechtssicherheit	239
5.3.5	Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot	239
5.3.5.1	Rückwirkung von Gesetzen	240
5.3.5.2	Vertrauensschutz und Verwaltung	243
5.3.5.3	Vertrauensschutz und Rechtsprechung	244
5.3.6	Rechtsstaatliche Rechtsschutzgarantien	244
5.3.7	Verrechtlichung	245
5.4	Sozialstaatsgebot	246
5.4.1	Auslegungsmodelle des Sozialstaates	246
5.4.1.1	Traditionelle Auslegung (restriktives Modell)	246
5.4.1.2	Konfliktmindernde Auslegung (Krisenmodell)	247
5.4.1.3	Demokratisch-soziale Auslegung (Reform-Modell)	247
5.4.2	Verfassungsrechtliche Grundlagen des Sozialstaates	248
5.4.3	Rechtswirkungen des Sozialstaatsgebots	250
5.4.3.1	Sozialstaatliches Mandat des Gesetzgebers	250
5.4.3.2	Sozialstaatliche Pflichten von Verwaltung und Rechtsprechung	251
5.4.3.3	Rechtswirkungen des Sozialstaates für den Bürger	252
5.4.4	Sozialstaatsgebot und Abgabenrecht	253
5.4.4.1	Gebot des steuerfreien Existenzminimums	253
5.4.4.2	Horizontale und vertikale Steuergerechtigkeit	255
5.4.4.3	Soziale Gestaltungswirkungen der Steuer	256
5.4.5	Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsverfassung	257
5.5	Bundesstaatsgebot	258
5.5.1	Grundsätze des Bundesstaates	258

Inhaltsübersicht

5.5.2	Aufgaben des Bundesstaates	259
5.5.3	Verteilung der Staatsaufgaben im Bundesstaat	260
5.5.4	Rechtsbeziehungen zwischen Bund und Ländern	261
5.5.4.1	Einwirkungsrechte des Bundes auf die Länder	261
5.5.4.2	Einwirkungsrechte der Länder auf den Bund	262
5.5.5	Kooperativer Föderalismus	262
5.5.5.1	Kooperation im Bereich der Finanzausstattung	262
5.5.5.2	Reformen des Föderalismus	263
5.5.5.2.1	Finanzreform 1969	263
5.5.5.2.2	Föderalismusreform I	263
5.5.5.2.3	Föderalismusreform II	265
5.5.5.3	Gemeinschaftsaufgaben	265
5.5.5.4	Andere Kooperationsformen	267
5.5.5.5	Entwicklungstendenzen	268
5.5.6	Vorrang des Bundesrechts	268
5.5.7	Verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern und kommunale Selbstverwaltung	269
5.5.7.1	Homogenitätsgrundsatz (Art. 28 Abs. 1)	269
5.5.7.2	Recht der kommunalen Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2)	269
5.5.8	Grundsatz des bundesfreundlichen Verhaltens (Bundestreue)	271
5.5.9	Bundesländer und europäische Integration	272
5.6	Umweltschutz	272
6	Parteien, Interessengruppen und Verbände	274
6.1	Politische Parteien	274
6.1.1	Begriff und Aufgaben der politischen Parteien	274
6.1.2	Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien	275
6.1.3	Gründung, Organisation und innere Ordnung der Parteien	276
6.1.4	Parteienfinanzierung	277
6.1.4.1	Verfassungsrechtliche Grundsätze	277
6.1.4.2	Einnahmen der Parteien	277
6.1.4.3	Rechtsentwicklung der Parteienfinanzierung	278
6.1.4.4	Neuregelung der Parteienfinanzierung	281
6.1.4.4.1	Unmittelbare Parteienfinanzierung	281
6.1.4.4.2	Mittelbare Parteienfinanzierung	282
6.2	Interessenverbände	283
6.3	Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen	285
7	Das parlamentarische Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland	287
7.1	Grundzüge des parlamentarischen Regierungssystems	287
7.2	Wahlrecht	287
7.2.1	Wesen der Wahl	287
7.2.2	Wahlrechtsgrundsätze (Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG)	288
7.2.3	Wahlsystem	290

7.2.3.1	Mehrheitswahl und Verhältniswahl	290
7.2.3.2	Wahlen zum Deutschen Bundestag	291
7.3	Rechtsstellung des Bundestagsabgeordneten	294
7.3.1	Das sog. „freie“ Mandat	294
7.3.2	Indemnität, Immunität und Inkompatibilität	296
7.3.3	Weitere Rechte des Abgeordneten	297
7.4	Deutscher Bundestag	298
7.4.1	Organisation und Arbeitsweise	298
7.4.2	Aufgaben des Bundestages	300
7.4.3	Reform des parlamentarischen Regierungssystems	302
7.5	Bundesrat	302
7.5.1	Rechtsstellung, Organisation und Arbeitsweise des Bundesrates	302
7.5.2	Aufgaben des Bundesrates	304
7.6	Bundesregierung	306
7.6.1	Begriff der Regierung	306
7.6.2	Organisation und Arbeitsweise der Bundesregierung	306
7.6.3	Bildung und Amts dauer der Bundesregierung	308
7.7	Bundespräsident	310
7.7.1	Politische Stellung und Aufgaben des Bundespräsidenten	310
7.7.2	Wahl und Amts dauer des Bundespräsidenten	312
8	Die Staatsfunktionen	313
8.1	Die Gesetzgebung (Art. 70 bis 82 GG)	313
8.1.1	Begriff und Aufgaben der Gesetzgebung	313
8.1.2	Gesetzgebungszuständigkeiten von Bund und Ländern (Verbandskompetenz)	313
8.1.2.1	Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	314
8.1.2.2	Konkurrierende Gesetzgebung	315
8.1.2.3	Abweichungsgesetzgebung	318
8.1.2.4	Grundsatzgesetzgebung des Bundes	318
8.1.2.5	Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	319
8.1.2.6	Ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit der Länder	319
8.1.3	Gesetzgebungsverfahren	320
8.1.3.1	Einleitungsverfahren (Art. 76 GG)	320
8.1.3.2	Hauptverfahren (Art. 77, 78 GG)	321
8.1.3.3	Abschlussverfahren (Art. 82)	325
8.1.4	Erlaß von Rechtsverordnungen durch die Exekutive (Art. 80 GG)	326
8.1.5	Gesetzgebungsnotstand (Art. 81 GG)	327
8.2	Verwaltung (Art. 83 bis 90 GG)	328
8.2.1	Begriff und Funktion der Verwaltung	328
8.2.2	Grundsätzliche Verteilung der Verwaltungskompetenzen	329
8.2.3	Bundesverwaltung (Art. 86 ff. GG)	331
8.2.4	Ausführung der Bundesgesetze durch die Landesverwaltung	332

Inhaltsübersicht

8.2.4.1	Bundesaufsichtsverwaltung (Art. 83, 84 GG)	332
8.2.4.2	Bundesauftragsverwaltung (Art. 85 GG)	334
8.2.5	Landeseigener Vollzug von Landesgesetzen	336
8.3	Rechtsprechung	336
8.3.1	Bedeutung und Aufgaben der Rechtsprechung	336
8.3.2	Gerichtsorganisation	337
8.3.3	Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 GG)	339
8.3.4	Verfassungsgarantien für das gerichtliche Verfahren (Art. 101 bis 104 GG)	339
8.3.5	Bundesverfassungsgericht	341
8.3.5.1	Grundlagen der Verfassungsrechtsprechung	341
8.3.5.2	Zusammensetzung und Verfahren des BVerfG	342
8.3.5.3	Zuständigkeiten des BVerfG	342
8.3.5.3.1	Verfassungsbeschwerde	343
8.3.5.3.2	Organ- und Bund-Länder-Streitigkeiten	344
8.3.5.3.3	Abstrakte und konkrete Normenkontrolle	345
8.3.5.4	Wirkung der Entscheidungen des BVerfG	346
8.3.5.5	Folgen der Nichtigerklärung für Steuerbescheide	348
8.3.5.6	Legitimation und Grenzen der Verfassungsrechtsprechung	349
9	Das öffentliche Finanzwesen	352
9.1	Bedeutung und Regelungsgehalt des öffentlichen Finanzwesens	352
9.2	Finanzverfassung	353
9.2.1	Verteilung der Ausgabenlasten (Art. 104 a GG)	353
9.2.1.1	Zusammenhang zwischen Finanzierungs- und Verwaltungsverantwortung (Art. 104 a Abs. 1 GG)	353
9.2.1.2	Bundesauftragsverwaltung (Art. 104 a Abs. 2 GG)	354
9.2.1.3	Geldleistungsgesetze (Art. 104 a Abs. 3 GG)	354
9.2.1.4	Lastentragung bei Verletzung supra- oder internationaler Verpflichtungen (Art. 104 a Abs. 6 GG)	355
9.2.1.5	Finanzhilfen des Bundes (Art. 104 b GG)	356
9.2.2	Steuerhoheit	357
9.2.2.1	Übersicht	357
9.2.2.2	Steuergesetzgebungshoheit (Art. 105 GG)	358
9.2.2.2.1	Begriff der Steuer	358
9.2.2.2.2	Nichtsteuerliche Abgaben	360
9.2.2.2.3	Sog. Sonderabgaben	362
9.2.2.2.4	Zuständigkeiten zur Steuergesetzgebung im Einzelnen	365
9.2.2.3	Steuerertragshoheit (Art. 106 GG)	370
9.2.2.3.1	Grundsätze der Steuerverteilung im Bundesstaat	370
9.2.2.3.2	Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern	371
9.2.2.3.3	Finanzverfassungsrechtliche Stellung der Gemeinden	374
9.2.2.4	Horizontaler Finanzausgleich (Art. 107 GG)	378
9.2.2.4.1	Stufen des Finanzausgleichs	378
9.2.2.4.2	Primärer horizontaler Finanzausgleich (Art. 107 Abs. 1 GG)	379

9.2.2.4.3	Sekundärer horizontaler Finanzausgleich (Art. 107 Abs. 2 GG)	380
9.2.2.4.4	Ergänzungszuweisungen des Bundes	383
9.2.2.4.5	Finanzausgleich im wiedervereinigten Deutschland.	384
9.2.2.5	Finanzverwaltung (Art. 108 GG)	385
9.2.2.5.1	Überblick	385
9.2.2.5.2	Bundesfinanzverwaltung (Bundeseigenverwaltung)	387
9.2.2.5.3	Finanzverwaltung der Länder	389
9.2.2.6	Finanzgerichtsbarkeit	391
9.3	Haushaltsverfassung	392
9.3.1	Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern	392
9.3.1.1	Haushaltstautonomie von Bund und Ländern	392
9.3.1.2	Berücksichtigung allgemeiner Vorgaben	392
9.3.1.3	Haushaltsausgleich ohne Kredite	393
9.3.1.4	Haushaltsgrundsätze	395
9.3.1.5	Verpflichtungen der BRD aus Rechtsakten der EU	395
9.3.1.6	Haushaltsnotlagen	396
9.3.2	Haushaltsverfassungsrecht des Bundes	396
9.3.2.1	Haushaltsgesetz	396
9.3.2.2	Haushaltsgrundsätze	397
9.3.2.3	Bundesregierung und Bundesfinanzminister in der Haushaltsverfassung	398
9.3.2.4	Finanzkontrolle	399
9.3.2.5	Staatsverschuldung	400
9.3.2.5.1	Gesetzesvorbehalt	400
9.3.2.5.2	Begrenzung der zulässigen Kreditaufnahme	401
10	Die Bundesrepublik im supranationalen Recht	403
10.1	Staatsrecht und Völkerrecht	403
10.1.1	Verfassungsrechtliche Vorschriften	403
10.1.2	Internationales Steuerrecht	404
10.1.2.1	Grundsätze	404
10.1.2.2	Doppelbesteuerungsabkommen	404
10.2	Mitgliedschaft in internationalen Organisationen	406
10.2.1	Grundsätze	406
10.2.2	Einzelne internationale Organisationen	407
10.2.2.1	Vereinte Nationen (UNO)	407
10.2.2.2	Nordatlantik-Pakt (NATO)	408
10.2.2.3	Europarat	409
10.2.2.4	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	409
11	Europarecht	411
11.1	Entwicklung der europäischen Einigung	411
11.1.1	Vorgeschichte	411
11.1.2	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)	412

Inhaltsübersicht

11.1.3	Fusion zur Europäischen Gemeinschaft	413
11.2	Entwicklung zur Europäischen Union	413
11.2.1	Einheitliche Europäische Akte	413
11.2.2	Maastrichter Vertrag	414
11.2.3	Amsterdamer Vertrag	416
11.2.4	Vertrag von Nizza 2001	417
11.2.5	Erweiterung der Europäischen Union	417
11.2.5.1	Beitritt neuer Mitglieder	417
11.2.5.2	Europäischer Wirtschaftsraum	418
11.2.6	Gescheiterter Verfassungsvertrag 2004	418
11.2.7	Vertrag von Lissabon	418
11.2.7.1	Entstehung und Grundsätze des Vertrags von Lissabon	418
11.2.7.2	Reform des Vertrags über die Europäische Union (EUV)	419
11.2.7.3	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)	421
11.2.7.4	Zuständigkeiten innerhalb der Union	421
11.2.7.5	Verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten	422
11.2.7.6	Lissabon-Urteil des BVerfG	422
11.3	Rechtsnatur und Mitgliedschaft in der Union	423
11.3.1	Zielsetzungen und Rechtsnatur der EU	423
11.3.1.1	Fehlender Staatscharakter der EU	423
11.3.1.2	Staatsähnlicher Charakter der EU	425
11.3.1.3	EU-Verfassung	427
11.3.1.4	Ausblick	427
11.3.2	Mitgliedschaft in der Union	428
11.3.2.1	Beitritt in die Union	428
11.3.2.2	Austritt aus der Union	429
11.3.2.3	Ausschluss aus der Union	429
11.4	Nationales und supranationales Recht	429
11.4.1	Übertragung von Hoheitsrechten	429
11.4.2	Wirkung der Übertragung von Hoheitsrechten	430
11.4.3	Europa-Artikel (Art. 23 GG)	433
11.4.3.1	Grundlagen	433
11.4.3.2	Staatsziel des vereinten Europa	433
11.4.3.3	Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat	434
11.4.3.4	Berücksichtigung der Länderinteressen	434
11.5	Organe der Europäischen Union	436
11.5.1	Übersicht über die Organe der Europäischen Union	436
11.5.2	Europäisches Parlament	437
11.5.3	Rat	440
11.5.4	Europäischer Rat	441
11.5.5	Europäische Kommission	442
11.5.6	Gerichtshof der Europäischen Union	443
11.5.6.1	Gerichtshof (EuGH)	443
11.5.6.2	Gericht Erster Instanz und Fachgerichte	444

11.5.7	Europäische Zentralbank	445
11.5.8	Europäischer Rechnungshof	445
11.5.9	Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen	445
11.5.10	Europäische Investitionsbank.	446
11.6	Recht der Europäischen Union	446
11.6.1	Vorrang des europäischen Rechts vor dem nationalen Recht.	446
11.6.2	Arten von Rechtsquellen in der EU	447
11.6.2.1	Primäres Unionsrecht	447
11.6.2.2	Sekundäres Gemeinschaftsrecht	447
11.6.2.2.1	Übersicht über das sekundäre Gemeinschaftsrecht	447
11.6.2.2.2	Verordnung	447
11.6.2.2.3	Richtlinie	448
11.6.2.2.4	Beschlüsse	450
11.6.2.2.5	Empfehlungen und Stellungnahmen	450
11.7	Funktionen im EU-Recht	450
11.7.1	Gesetzgebung	451
11.7.2	Verwaltung	452
11.7.3	Rechtsprechung	453
11.7.3.1	Vertragsverletzungsklage	453
11.7.3.2	Nichtigkeitsklage	453
11.7.3.3	Untätigkeitsklage	454
11.7.3.4	Schadensersatzklage	454
11.7.3.5	Vorabentscheidungsverfahren	455
11.8	Rechtsstellung des EU-Bürgers	456
11.8.1	Unionsbürgerschaft	456
11.8.2	Diskriminierungsverbote	457
11.9	Grundrechte der Europäischen Union	458
11.9.1	Entwicklung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.	458
11.9.2	Inhalt der Charta der Grundrechte der Europäischen Union	458
11.9.3	Anwendung und Durchsetzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.	459
11.10	Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union	460
11.10.1	Binnenmarkt	460
11.10.2	Grundfreiheiten	460
11.10.2.1	Grundlagen und Durchsetzung der Grundfreiheiten	460
11.10.2.2	Freier Warenverkehr	462
11.10.2.3	Freizügigkeit für Arbeitnehmer	462
11.10.2.4	Niederlassungsfreiheit für Unternehmer	463
11.10.2.5	Freier Dienstleistungsverkehr	464
11.10.2.6	Freier Kapitalverkehr	464

Inhaltsübersicht

11.11 Ausgewählte Politikbereiche der Europäischen Union	465
11.11.1 Übersicht	465
11.11.2 Außen- und Sicherheitspolitik	466
11.11.3 Justiz- und Innenpolitik	467
11.11.4 Wettbewerbspolitik	467
11.11.5 Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik	468
11.11.6 Rechtsintegration im Steuerrecht	469
11.11.6.1 Überblick	469
11.11.6.2 Harmonisierung der indirekten Steuern	470
11.11.6.2.1 Mehrwertsteuer	470
11.11.6.2.2 Verbrauchsteuern	472
11.11.6.3 Harmonisierung der direkten Steuern	473
11.11.6.4 Steuerliche Diskriminierung des freien Personenverkehrs	475
11.11.6.5 Rechtlich unverbindliche Maßnahmen	477
11.11.6.6 Kooperation der Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten	478
11.12 Wirtschafts- und Währungspolitik	479
11.12.1 Rechtsintegration der Wirtschaftspolitik	479
11.12.2 Wirtschafts- und Währungsunion	480
11.12.2.1 Entstehung der Wirtschafts- und Währungsunion	480
11.12.2.2 Rechtsgrundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion	481
11.12.2.2.1 Europarechtliche Grundlagen der WWU nach Maastricht	481
11.12.2.2.2 Nationale Rechtsgrundlagen bei Einführung der WWU	482
11.12.2.2.3 Europarechtliche Grundlagen der WWU nach Lissabon	483
11.12.2.2.4 Europarechtliche Grundlage des Stabilitätsmechanismus	484
11.12.2.2.5 Rechtsprechung des EuGH zum Stabilitätsmechanismus	485
11.12.2.2.6 Grundlagen der WWU im deutschen Recht	486
11.12.2.3 Krise der Währungsunion	487
11.12.2.3.1 Entstehung der Währungskrise	487
11.12.2.3.2 Instrumentarien zur Bekämpfung der Währungskrise	488
11.12.2.3.3 Europarechtliche Maßnahmen in der Krise	492
11.12.2.3.4 Rechtliche Maßnahmen im bundesrepublikanischen Recht	492
11.12.2.3.5 Rechtsprechung des BVerfG zur Währungsunion und Euro	493
11.12.2.3.6 Wege aus der Krise der EU	497
Lösungen der Aufgaben	499
Literaturverzeichnis	524
Abkürzungen	528
Stichwortverzeichnis	533